

Biden wird den „Deal des Jahrhunderts“ nicht beenden – Palästinensische Führung handelt überstürzt

Joseph Massad, middleeasteye.net, 24.11.20

Das Ziel des „Friedensprozesses“ der USA war lange Zeit die Auslöschung des palästinensischen Widerstands gegen die israelische Kolonisierung- und das wird unter Biden so bleiben.

Seit der Wahl von Joe Biden zum nächsten US-Präsidenten wurden die Berichte über den Tod des „Deal of the Century“ maßlos übertrieben. Die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) empfand Erleichterung darüber, dass ihre Romanze mit Israel und dessen Verbündeten endlich wieder aufgenommen werden konnte.

Das Ziel, das für die Palästinensische Autonomiebehörde in den Abkommen von Oslo vorgesehen ist, besteht nicht nur darin, den verbleibenden Widerstand gegen Israel zu brechen, sie soll vielmehr auch den Willen des palästinensischen Volkes, seinem heimtückischen Kolonisator Widerstand zu leisten, ein für alle Mal auslöschen.

Die PA hatte die offizielle Sicherheitskoordination mit Israel im Mai unterbrochen und die Beziehungen zu Bahrain und den VAE abkühlen lassen, nachdem diese im Sommer dieses Jahres diplomatische Beziehungen zu Israel aufgenommen hatten. Die PA verwendete das Argument, dass der „Deal“ von Präsident Donald Trump den palästinensischen Interessen abträglich sei.

Nach der Wahl Bidens erklärte die PA das Abkommen und die Annexionspläne seien „nicht mehr auf dem Tisch“. Sie nahm die Sicherheitskoordination mit Israel offiziell wieder auf und verwies auf Zusagen Israels, sich an frühere Vereinbarungen zu halten, die es mit der PA unterzeichnet hatte.

Dies geschah nur wenige Tage, nachdem Israel die Ausschreibung für den Bau einer neuen jüdischen Siedlung eröffnet hatte, mit der das besetzte Ostjerusalem von der Westbank abgeschnitten werden sollte. Die Palästinensische Autonomiebehörde hat auch ihre Botschafter in Bahrain und den Vereinigten Arabischen Emiraten wieder eingesetzt.

Palästinensische Gefangene

Mit diesen Schritten will die PA an Biden appellieren, von dem sie erwartet, dass er ihrer Sache mehr Verständnis entgegenbringt als Trump. Anstatt aber zu verkünden, dass die PA sich darauf freut, wieder in der US-Hauptstadt willkommen zu sein, erklärte die hartnäckig anti-palästinensische *New York Times*, die renommiert ist in den USA, dass „die Palästinenser in einem mutigen Schritt, um ihr

besudelt Image in Washington aufzufrischen, den Grundstein für eine Veränderung einer ihrer am meisten geschätzten, aber umstrittenen Praktiken legen, wie es Funktionsträger bezeichnen: nämlich, dass Sie diejenigen, die in israelischen Gefängnissen einsitzen, auch für gewalttätige Angriffe entschädigen“.

Israel fordert seit Jahrzehnten, dass die PA die Familien der von Israel getöteten Palästinenser nicht unterstützt, geschweige denn die Familien der palästinensischen Kriegsgefangenen. Der US-Kongress „verabschiedete wiederholt Gesetze, um die Hilfe für die Palästinenser um den Betrag dieser Zahlungen zu kürzen“, dieser Punkt wurde auch von Trump angeführt, als er 2018 die Mittel für die PA kürzte. Die *New York Times* fügte hinzu, dass „palästinensische Beamte, die einen Neuanfang machen wollen, ... den Rat von wohlwollenden Demokraten beherzigen, die wiederholt davor gewarnt hatten, dass es ohne ein Ende der Zahlungen für die neue Regierung unmöglich wäre, zu ihren Gunsten schwerwiegendere Schritte anzugehen.“

Dies ist ein wichtiges Beispiel dafür, dass Biden kaum von Trump abweichen wird, der sich in Wirklichkeit nur wenig von Obama oder früheren Präsidenten unterschied. Biden hat geschworen, die US-Botschaft nicht wieder nach Tel Aviv zu verlegen und die Anerkennung der illegalen Annexion dieser Stadt durch Israel durch die USA nicht rückgängig zu machen. Vielleicht besteht der einzige Unterschied darin, dass Biden die Hilfe für die Palästinensische Autonomiebehörde wiederherstellen und gleichzeitig die Unterstützung für die Familien der palästinensischen Gefangenen einschränken kann - Einzelheiten dazu werden laut *Times* „in Ramallah ausgehandelt“.

Sicherheitskoordination

Aber da der „Deal des Jahrhunderts“ von der Voraussetzung ausgeht, dass die USA und die Palästinenser alle Forderungen Israels erfüllen müssen, bleibt unklar, warum die PA der Meinung sein soll, dass der Deal vom Tisch ist. Schließlich hat die Palästinensische Autonomiebehörde genau nach dieser Prämisse gehandelt, indem sie die Sicherheitskoordination mit Israel wieder aufgenommen, ihre Botschafter in die Golfstaaten zurückgeschickt und Kürzungen bei der Unterstützung für die Familien der Gefangenen ausgehandelt hat - alles ohne eine Gegenleistung zu erhalten.

Die Frage der finanziellen Unterstützung für die Familien der palästinensischen Gefangenen ist tatsächlich ein zentrales Merkmal der Art und Weise, wie die USA in ihrem „Friedensprozess“ immer darauf abzielte, Palästinenser und andere Araber zu zwingen, sich den USA anzuschließen, um die israelischen kolonialen Eroberungen zu legitimieren und jeglichen Widerstand gegen sie zu delegitimieren.

Seit dem Oslo-I-Abkommen von 1993 hat sich die Palästinensische Autonomiebehörde verpflichtet, den gesamten palästinensischen Widerstand gegen die israelische Kolonisierung palästinensischen Landes niederzuschlagen und mit Israel zu kollaborieren, indem sie entweder über Widerstandskräfte informiert oder sie an israelische Sicherheitskräfte ausliefert oder sie von ihren eigenen Sicherheitsbehörden einsperren oder töten lässt. Warum beschweren sich eigentlich Israel und die USA darüber, die PA würde deren Familien unterstützen?

Dies sollte auch auf dem Hintergrund gesehen werden, dass Israel und die USA israelische Juden, die Palästinenser massakrieren, immer belohnt haben. Eine verschwindend geringe Zahl israelischer Soldaten, die Palästinenser töten, ist jemals strafrechtlich verfolgt worden, und noch weniger wurden für schuldig befunden, wie von israelischen Menschenrechtsgruppen und anderen dokumentiert wurde.

Israelische Strafflosigkeit

Vergangenes Jahr wurde ein israelischer Soldat, der einen unbewaffneten 14-jährigen palästinensischen Jungen erschossen hatte, zu einem Monat Militärgefängnis verurteilt. Der Vater des Jungen sagte gegenüber der *New York Times*: „Das ist ungerecht.“ Er äußerte die Befürchtung, dass das Urteil gegen den Soldaten „seine Kollegen dazu ermutigen würde, kaltblütig zu töten“.

Ebenfalls im vergangenen Jahr entlastete die israelische Armee ihre Soldaten, als es um die Tötung eines beidseitig amputierten Palästinensers ging, der an der Sperranlage von Gaza protestierte und dem in die Brust geschossen worden war. Die Armee erklärte, sie könne nicht feststellen, dass ihre Soldaten diejenigen gewesen seien, die ihn getötet hätten. Ein weiterer israelischer Grenzpolizist, der 2014 einen weiteren palästinensischen Teenager getötet hatte, wurde vor zwei Jahren zu neun Monaten Gefängnis verurteilt, nachdem er vom Richter als „ausgezeichnet“ und „gewissenhaft“ gelobt worden war.

Ein israelischer Militärarzt, der 2016 einen bereits verletzten Palästinenser, der am Boden lag, erschossen hat, wurde mit 18 Monaten Gefängnis, einem Jahr Bewährung und einer Degradierung bestraft. Seine Strafe wurde später auf 14 Monate herabgesetzt, von denen er nur neun absaß, bevor er freigelassen wurde.

Dies sind weder abwegige noch neue Beispiele; sie erinnern an die Gründung Israels. Der späte israelische Premierminister Yitzhak Rabin, der 1948 die palästinensische Bevölkerung der Stadt Lydda vertrieb und während der ersten Intifada die Politik des „Knochenbrechens“ gegen die Palästinenser konzipierte, wird in Israel und den USA als „Held“ für den Frieden gefeiert. Er ging nie für seine Verbrechen ins Gefängnis.

Ebenso wenig wie der ehemalige israelische Premierminister Ehud Barak, der in Frauenkleidern eine Kommandoeinheit leitete, die 1973 mehrere palästinensische Führer in ihren Häusern in Beirut ermordete. Er wird, wie Rabin, als Held gefeiert.

Im Oktober 1956 verübte die israelische Armee ein schreckliches Massaker an ihren eigenen israelisch-palästinensischen Bürgern im Dorf Kafr Qasim, als ihre Soldaten 49 Männer, Frauen und Kinder, die nach einem Arbeitstag von ihren Feldern nach Hause kamen, erschossen und Dutzende weitere verletzten.

Trotz anfänglichen Vertuschungsversuchen durch die Regierung fand ein Prozess statt, und im Oktober 1958 wurden acht Offiziere zu Gefängnisstrafen zwischen acht und 17 Jahren verurteilt. Es wurde Berufung eingelegt, und alle Strafen wurden reduziert, wobei sämtliche verurteilten Mörder bis 1960 freigelassen wurden, nachdem sie ihre Strafe in einem Sanatorium in Jerusalem und nicht in einer Gefängniszelle verbracht hatten.

Der wegen des Mordes an 43 Palästinensern verurteilte Offizier Gabriel Dahan wurde im September 1960 zum Verantwortlichen für arabische Angelegenheiten in der Stadt Ramle ernannt. Der Brigadier, der hauptsächlich für die Anordnung des Massakers verantwortlich war, Yshishkar Shadmi, wurde in einem getrennten Prozess wegen eines „technischen Fehlers“ für schuldig befunden und zu einer Geldstrafe von einem Cent verurteilt.

Das nächste Mal ein besserer Deal?

Was Biden und seine Freunde heute von der PA fordern, ist genau das, was auch Israel und Trump verlangten: nämlich, dass sie die israelische Eroberung, Kolonisierung und Besetzung palästinensischen Landes - einschließlich der Tötung von Palästinensern, die sich Israel widersetzen (oder nicht widersetzen) - als heroische Taten betrachten.

Da die PA das Recht Israels und der USA bestätigte, als sie in Oslo zustimmte, jeglichen Widerstand gegen diese israelischen „Heldentaten“ zu unterdrücken, muss sie dies auch fortsetzen, indem sie die Familien der palästinensischen Gefangenen oder Märtyrer nicht unterstützt.

Das Ziel, das für die Palästinensische Autonomiebehörde in den Abkommen von Oslo vorgesehen ist, besteht nicht nur darin, den verbleibenden Widerstand gegen Israel zu brechen, sie soll vielmehr auch den Willen des palästinensischen Volkes, seinem heimtückischen Kolonisator Widerstand zu leisten, ein für alle Mal auslöschen. Das war der Kern des „Friedensprozesses“ der USA in den 1970er und 1980er Jahren, des Oslo-Abkommens, des Camp-David-Angebots des ehemaligen US-Präsidenten Bill Clinton im Jahr 2000 und des „Jahrhundert-Deals“ von Trump.

Es war immer wieder derselbe Deal, den auch Trump kühn der Welt vermitteln wollte. Der vielfach ersehnte Biden wird die PA jedoch mit Sicherheit verwöhnen. Er wird an der Seite der PA so tun, als ob die Palästinenser beim nächsten Mal einen neuen und besseren Deal bekommen würden.

Joseph Massad

Joseph Massad ist Professor für moderne arabische Politik und Geistesgeschichte an der Columbia University in New York. Er ist Autor zahlreicher Bücher sowie akademischer und journalistischer Artikel. Zu seinen Werken gehören Colonial Effects: Die Entstehung einer nationalen Identität in Jordanien, Begehrende Araber, Das Fortbestehen der Palästinenserfrage: Essays über den Zionismus und die Palästinenser und zuletzt über den Islam im Liberalismus. Seine Bücher und Artikel sind in ein Dutzend Sprachen übersetzt worden.

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle: <https://www.middleeasteye.net/opinion/israel-palestine-deal-century-biden-end>

Das Geschenk der Palästinensischen Autonomie-Behörde an Biden ist die Rückkehr zur gescheiterten Strategie

Omar Karmi, electronicintifada.net , 20.11.20

Die Nachricht, dass die Palästinensische Autonomiebehörde nach einer sechsmonatigen Aussetzung beschlossen hat, die Koordinierung mit Israel wieder aufzunehmen, überrascht nicht sonderlich. Es ist ein willkommenes Geschenk an den designierten amerikanischen Präsidenten Joe Biden und zeigt, wie wenig in der Führung der Palästinensischen Autonomiebehörde überlegt wird.

Die Entscheidung, die Koordinierung im Mai zu beenden, fiel angesichts der drohenden formellen israelischen Annexion von etwa 30 Prozent der besetzten Westbank. Aber von Anfang an ließen palästinensische Behördenvertreter wissen, dass dies ein weitgehend symbolischer Protest sein würde.

Jede gebaute Siedlung ist de facto eine Annexion. Israel bringt keine Menschen in Gebiete, die es dann zugunsten eines palästinensischen Staats wieder evakuieren will.

Formal wurde die Koordinierung zwischen den palästinensischen Sicherheitskräften und dem israelischen Militär beendet. Aber die palästinensischen Sicherheitsorgane handelten so, als ob die Koordination noch in Kraft wäre. Mit anderen Worten: In dem einzigen Bereich, der Israel am Herzen liegt - der Absicherung - hatte die PA sofort einen Rückzieher gemacht. Der Rest war Getue und Selbstverletzung.

Es handelte sich um bloßes Posieren, denn ohne Sicherheitskoordination war der Schritt weitgehend wirkungslos, er richtete sich mehr an das eigene Publikum - seht, wir tun etwas - als mit der wirklichen Hoffnung, einen nennenswerten Effekt zu erzielen.

Es handelte sich um Selbstverletzung, denn alles, was dabei herauskam, war, dass die PA am Ende auf die Steuereinnahmen verzichten musste, die Israel in ihrem Namen einzieht.

Und da sie mitten in einer globalen Pandemie kam, hatte sie auch einige sehr reale Konsequenzen, vor allem in Gaza. Dort bedeutete das Ende der Koordination, dass eine Bevölkerung, die bereits durch eine israelische Blockade eingekerkert war, nun fast keine Möglichkeit mehr hatte, das Gebiet zu verlassen, um medizinische Hilfe zu holen.

Da der Gesundheitssektor als direkte Folge der israelischen Sanktionen und der Belagerung am Rande des Zusammenbruchs stand, hat dies unsägliche Schäden und Schmerzen verursacht.

Die Koordinierung zwischen der PA und Israel ist der Mechanismus, durch den Israel den Palästinensern im gesamten besetzten Gebiet sein Regime der Genehmigungen aufzwingt, was im isolierten Gaza-Streifen am deutlichsten zu spüren ist. Als Besatzungsmacht behält Israel jedoch die

Verantwortung für das Wohlergehen aller Menschen unter seiner Besetzung, unabhängig vom Status der Koordinierung.

Ein glorreicher Sieg

Nun könnte man behaupten - so wie es die VAE und Bahrain geltend machen würden - dass die Arbeit getan ist, die Gefahr einer formellen Annexion vorbei ist, und es keinen Grund mehr gibt, die Koordinierung weiterhin auszusetzen, insbesondere angesichts der Tatsache, dass man sich dabei selbst ins Knie schießt.

Die PA wird die Situation, die vor US-Präsident Donald Trump herrschte, wiederherstellen und das Geschäft wieder aufnehmen, das mehr als zwei Jahrzehnte lang niemandem außer Israel gedient hat.

Das würde jedoch voraussetzen, dass zwei Dinge wirklich geschehen sind, was jedoch offensichtlich falsch ist:

Erstens, dass die fehlende palästinensisch-israelischen Koordination Israel so sehr beeinträchtigt hat, dass es die Annexion aufgegeben hat.

Und zweitens, dass Israel überhaupt auf die Annexion verzichtet hat.

Es stimmt, dass Israel seine Pläne zur formellen Annexion weiterer besetzter Gebiete auf Eis gelegt hat (es hat bereits die Golanhöhen und Ost-Jerusalem formell annektiert).

Aber es hat den Siedlungsbau vorangetrieben. Jede gebaute Siedlung ist de facto eine Annexion. Israel bringt keine Menschen in Gebiete, die es dann zugunsten eines palästinensischen Staats wieder evakuieren will.

Die Beendigung der Koordinierung mit Israel hat also genau nichts für die palästinensische Seite erreicht. Aber das hat hohe PA-Beamte nicht davon abgehalten, zu behaupten, dass die Wiederaufnahme der Koordinierung ein „Sieg“ für das palästinensische Volk sei.

Sicher - das ist Sarkasmus.

Es gibt nur zwei Gründe, warum die PA die Koordination wieder aufgenommen hat, und keiner davon hat etwas mit diplomatischem Erfolg zu tun. Der erste Grund ist der finanzielle Engpass, der echt ist. Und zweitens die US-Präsidentschaftswahlen. Die Palästinensische Autonomiebehörde ist bestrebt, der (vermutlichen) Nachfolgeregierung von Joe Biden einen Neuanfang zu ermöglichen.

Aber im Eifer wird die PA einfach die Situation, die vor US-Präsident Donald Trump herrschte, wiederherstellen und das Geschäft wieder aufnehmen, das mehr als zwei Jahrzehnte lang niemandem außer Israel gedient hat.

Immer im Kreis

Erstes Anzeichen für die Absichten der PA ist die Eile, mit der sie die diplomatischen Beziehungen zu den VAE und Bahrain wiederherstellt, trotz deren „Verrats“ bei der Normalisierung der Kontakte zu

Israel. Dann muss sie die Wiedereröffnung der Mission der Palästinensischen Befreiungsorganisation in Washington und eine Wiederaufnahme der Beziehungen zu den USA sicherstellen.

Das erscheint als vielversprechender Moment, um einer neuen Regierung, die sich von der alten distanzieren möchte, einige Zugeständnisse abzurufen. Ein Zugeständnis ist jedoch bereits vom Tisch: Biden hat vor langer Zeit erklärt, er werde die US-Botschaft nicht aus Jerusalem wegverlegen. Doch die Palästinenser könnten verlangen, dass die USA ihre Position zu Ostjerusalem als besetztem Gebiet und zu den Siedlungen als völkerrechtswidrig klarstellen. Dies sind keine international umstrittenen Positionen.

Die USA haben ihre Position zu den Siedlungen über viele Jahre hinweg schrittweise herabgestuft, was den Tiefpunkt erreichte, als die Trump-Administration sie als „nicht ... unvereinbar“ mit dem Völkerrecht beurteilte. Dies würde Biden die Chance bieten, sofort mit den Trump-Jahren zu brechen. Aber Biden ist tief in der pro-israelischen Kultur Washingtons verwurzelt, auf jeden Fall wird er, unabhängig davon, welche Partei den US-Kongress kontrolliert, immer auf Feindseligkeit stoßen, wenn es um etwas geht, das mit Israel zu tun hat.

Irgendwelche Zugeständnisse werden ihm nicht leichtfallen. Dies gilt umso mehr, als die Führung der Palästinensischen Autonomiebehörde nur schwer Widerstand leisten kann, sobald das Weiße Haus die Augenbrauen hochzieht. Daher ist keine Belohnung von den USA oder Israel zu erwarten, wenn die Biden-Administration ruft, was sie auf jeden Fall tun wird. Im Gegenteil, falls und wenn eine Biden-Regierung die PLO zurück nach Washington einlädt, wird die palästinensische Führung wenig Zeit verlieren. Voraussichtlich werden die Einigkeitsbemühungen mit der Hamas - und mit ihr das Gespräch über Wahlen - in aller Stille abgebrochen werden, da die PA versucht, alles zu vermeiden, was einen Präsidenten Biden in Verlegenheit bringen könnte.

PA-Führer Mahmoud Abbas wünscht sich möglicherweise eine neue Art von Friedensprozess, der nicht nur von den USA, sondern von einer Kombination internationaler Akteure geführt wird. Diese Position hat er in den letzten Jahren wiederholt zum Ausdruck gebracht. Aber es wird den Vertretern einer „freundlicheren“ US-Regierung wenig Mühe abverlangen, ihre palästinensischen Amtskollegen davon zu überzeugen, dass sie eine Wiederaufnahme der US-Finanzierung - für die PA oder für die UNRWA, die UN-Agentur, die sich um die palästinensischen Flüchtlinge kümmert, - zusammen mit der Wiedereröffnung der PLO-Mission in Washington als erste Schritte akzeptieren und sich mit anderen Forderungen zurückhalten sollten.

Danach wird es nur noch eine Frage der Zeit sein, bis die Palästinenser einen weiteren diplomatischen „Sieg“ feiern können: Die Rückkehr zu der Situation vor Trump. Das hat natürlich für die Palästinenser sehr gut funktioniert. Da es keinerlei grundlegenden Strategiewechsel seitens der PLO-Führung gibt, stehen wir kurz vor dem gleichen Zusammenbruch im „Friedensprozess“, der sich immer wiederholt.

Omar Karmi ist Mitherausgeber von The Electronic Intifada und ehemaliger Korrespondent der Zeitung The National für Jerusalem und Washington, DC.

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle: <https://electronicintifada.net/blogs/omar-karmi/pas-gift-biden-return-failed-strategy>